

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale
Bundesverband

Ausgabe 20 | 2. bis 15. November 2020

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Europäische Kommission skizziert Vision für künftige EU-Verbraucherpolitik

Die Europäische Kommission hat am 13. November 2020 in einer neuen Verbraucheragenda eine Vision für die Verbraucherpolitik der Europäischen Union (EU) für den Zeitraum 2021-2025 vorgestellt, die sich auf fünf Schwerpunktbereiche konzentriert:

- **Grüner Wandel.** Die Europäische Kommission will sicherstellen, dass den Verbrauchern auf dem EU-Markt nachhaltige Produkte zur Verfügung stehen und sie über bessere Informationen verfügen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Im nächsten Jahr wird die Europäische Kommission einen Vorschlag vorlegen, um die Verbraucher besser über die Nachhaltigkeit von Produkten zu informieren und Praktiken wie Grünfärberei oder vorzeitige Obsoleszenz zu bekämpfen. Die Europäische Kommission wird auch Reparaturen und nachhaltigere „kreislauforientierte“ Produkte fördern.
- **Digitaler Wandel.** Die Europäische Kommission will gegen Online-Geschäftspraktiken wie „Dark Patterns“ und versteckte Werbung vorgehen, die das Recht der Verbraucher auf eine fundierte Wahl missachten, ihre Verhaltensweisen missbrauchen oder ihre Entscheidungsprozesse verzerrn. Darüber hinaus müssen die Interessen der Verbraucher bei der Festlegung von Vorschriften für die digitale Wirtschaft und Anforderungen an künstliche Intelligenz (KI) gebührend berücksichtigt werden. Die Europäische Kommission wird auch die Richtlinie zur Produktsicherheit

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

die Richtlinie über Verbraucherkredite und die Richtlinie über Finanzdienstleistungen überarbeitet.

- **Wirksame Durchsetzung der Verbraucherrechte.** Die Europäische Kommission wird die Mitgliedstaaten bei der rechtzeitigen Umsetzung und Durchsetzung des Verbraucherrechts unterstützen, unter anderem durch das Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz. Die Europäische Kommission wird auch die nationalen Behörden unterstützen, indem sie beispielsweise ein Instrumentarium innovativer E-Tools einsetzt, um die nationalen Behörden besser in die Lage zu versetzen, gegen illegale Online-Geschäftspraktiken vorzugehen und unsichere Produkte zu ermitteln.
- **Besondere Bedürfnisse bestimmter Verbrauchergruppen.** Die Europäische Kommission wird sich mit den Anforderungen an Standards für Babyartikel befassen. In Bezug auf Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten, die durch die COVID-19-Krise noch verschärft werden, wird die Europäische Kommission die Mittel für eine verbesserte Schuldnerberatung in den Mitgliedstaaten aufstocken. Die Europäische Kommission wird auch Initiativen unterstützen, die lokale Beratung über den Zugang zu Informationen – online und offline – bieten.
- **Internationale Zusammenarbeit.** Die Europäische Kommission wird 2021 einen Aktionsplan mit China ausarbeiten, um die Sicherheit von online verkauften Produkten zu erhöhen. Ab 2021 wird die Europäische Kommission zudem regulatorische Unterstützung, technische Hilfe und Kapazitätsaufbau für EU-Partnerregionen, auch in Afrika, entwickeln.

Die Agenda ergänzt andere Initiativen der Europäischen Kommission wie den Grünen Deal und den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und soll auch sicherstellen, dass bei der Umsetzung des Mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) den Verbraucherprioritäten Rechnung getragen wird.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201113-vision-verbraucherpolitik_de

https://ec.europa.eu/info/files/new-consumer-agenda-strengthening-consumer-resilience-sustainable-recovery_de

2. Sammelklagen für Verbraucher kurz vor dem Ziel

Der EU-Ministerrat legte am 4. November 2020 förmlich seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Entwurf einer Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher in der Europäischen Union (EU) fest. Dieser entspricht der am 22. Juni 2020 mit dem Europäischen Parlament erzielten vorläufigen Einigung über Sammelklagen für Verbraucher. Damit sollen Verbraucher vor Massenschadensereignissen wie dem Dieselskandal geschützt werden. Gleichzeitig sollen durch angemessene Garantien missbräuchliche Klagen vermieden werden. In jedem Mitgliedstaat werden qualifizierte Stellen

befugt sein, Unterlassungs- und Rechtsschutzklagen im Namen von Verbrauchergruppen einzuleiten und den Zugang der Verbraucher zum Recht zu gewährleisten. Der Anwendungsbereich der kollektiven Klage wird neben dem allgemeinen Verbraucherrecht auch Verstöße von Händlern in Bereichen wie Datenschutz, Finanzdienstleistungen, Reisen und Tourismus, Energie, Telekommunikation, Umwelt und Gesundheit sowie Rechte von Flug- und Bahnreisenden umfassen.

Das Plenum des Europäischen Parlaments muss noch förmlich zustimmen. Dies gilt als Formsache, da der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments am 7. Juli 2020 dem Plenum vorbehaltlich der Überprüfung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen empfohlen hat, den Standpunkt des EU-Ministerrats ohne Änderungen anzunehmen. Die Zustimmung wird noch vor Jahresende erwartet. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten erhalten dann 24 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, und weitere sechs Monate, um sie anzuwenden. Verbraucherverbände werden dann Rechtsverstöße nicht nur feststellen und unterbinden lassen können, sondern auch Schadenersatz einfordern können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/11/04/collective-redress-for-consumers-council-adopts-position-at-first-reading/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9573-2020-INIT/de/pdf>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

Europäische Kommission konsultiert zu Null-Schadstoff-Aktionsplan

Die Europäische Kommission leitete am 11. November 2020 eine öffentliche Konsultation zu der für das zweite Quartal 2021 geplanten Mitteilung über einen Null-Schadstoff-Aktionsplan ein. Die Europäische Kommission will verhindern, dass Luft, Wasser und Boden weiter verschmutzt werden und bittet alle Interessierten bis zum 10. Februar 2021 um ihre Beiträge.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201112-null-schadstoff-aktionsplan_de

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12588-EU-Action-Plan-Towards-a-Zero-Pollution-Ambition-for-air-water-and-soil>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäischer Gerichtshof stärkt Verbraucher bei kontaktlosem Bezahlung ohne PIN-Code

Der Europäische Gerichtshof entschied am 11. November 2020, dass es sich nach der Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt bei der Nahfeldkommunikationsfunktion (Near Field Communication, NFC) um ein „Zahlungsinstrument“ im Sinne dieser Richtlinie handelt. Eine Bank könnte die Haftung für eine nicht autorisierte Nutzung nicht dadurch ausschließen, dass sie behauptet, das betreffende Zahlungsinstrument könne nicht gesperrt oder seine weitere Nutzung nicht verhindert werden, obwohl dies nach dem Stand der Technik nicht nachweislich unmöglich ist.

Im Ausgangsfall beanstandet der österreichische Verein für Konsumenteninformation die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der DenizBank welche die Haftung der Bank für nicht autorisierte Zahlungen ausschließt. In diesen Geschäftsbedingungen wird darauf hingewiesen, dass der Kontoinhaber das Risiko eines Missbrauchs der Karte für Kleinbetragszahlungen ohne Eingabe des persönlichen Codes trägt und dass bei Abhandenkommen der Karte eine Sperrung für Kleinbetragszahlungen nicht möglich sei.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233543&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13227007>

2. Europäische Bankenaufsicht mahnt stärkere Berücksichtigung von Verbraucherinteressen an

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 3. November 2020 ihren zweiten Bericht darüber veröffentlicht, wie die Branche die EBA-Leitlinien für Produktaufsichts- und Governance-Vereinbarungen (POG) umgesetzt hat. Er identifiziert bewährte Verfahren von Finanzinstituten und kommt zu dem Schluss, dass viele von ihnen nicht ausreichend sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Verbraucher im Einklang mit den Leitlinien erfüllt werden. Daher verpflichtet die EBA die Finanzinstitute, dafür zu sorgen, dass die Interessen, Ziele und Charakteristiken der Verbraucher bei der Anwendung von POG-Vereinbarungen berücksichtigt werden, um Nachteile der Verbraucher zu vermeiden.

<https://eba.europa.eu/eba-encourages-financial-institutions-put-required-focus-consumers%20%99-interests-when-applying-product>

https://eba.europa.eu/sites/default/documents/files/document_library/Publications/Reports/2020/935640/Second%20EBA%20report%20on%20the%20application%20of%20the%20POG%20guidelines%20arrangements.pdf

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Europäische Kommission unterbreitet Vorschläge für Europäische Gesundheitsunion

Die Europäische Kommission hat am 11. November 2020 einen stärkeren europäischen Rechtsrahmen für die Vorsorge und Reaktion bei schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren vorgelegt. Außerdem sollen Rolle und Mandat des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) gestärkt werden.

Mit dem Vorschlag für eine Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren wird Folgendes bezweckt:

- Bessere Vorsorge: Ein EU-Vorsorgeplan für Gesundheitskrisen und Pandemien sowie einschlägige Empfehlungen werden zwecks Annahme von Plänen auf nationaler Ebene ausgearbeitet und von umfassenden und transparenten Rahmen für Berichterstattung und Audits flankiert. Die Erstellung nationaler Pläne wird vom Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten und anderen EU-Agenturen unterstützt. Diese Pläne werden von der Europäischen Kommission und den EU-Agenturen Audits und Stresstests unterzogen.
- Stärkere Überwachung: Auf EU-Ebene wird ein gestärktes, integriertes Überwachungssystem geschaffen, in dem künstliche Intelligenz und andere fortschrittliche Technologien zum Einsatz kommen.
- Bessere Datenübermittlung: Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, ihre Berichterstattung über Indikatoren der Gesundheitssysteme zu erweitern (z. B. freie Krankenhausbetten, spezielle Behandlungs- und Intensivpflegekapazitäten, Anzahl der medizinischen Fachkräfte usw.).
- Die Ausrufung eines EU-Notstands würde eine engere Koordinierung auslösen und die Entwicklung, Bevorratung und Beschaffung von krisenrelevanten Produkten gestatten.

Das Mandat des ECDC wird gestärkt, damit es die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen unterstützen kann:

- epidemiologische Überwachung durch integrierte Echtzeit-Überwachungssysteme,
- Vorsorge- und Reaktionsplanung, Meldewesen und Audits,
- Abgabe unverbindlicher Empfehlungen und Optionen für das Risikomanagement,

- Fähigkeit zur Mobilisierung und Entsendung der EU-Gesundheits-Taskforce zur Unterstützung der lokalen Reaktion in den Mitgliedstaaten,
- Aufbau eines Netzwerks von EU-Referenzlaboratorien und eines Netzwerks für Substanzen menschlichen Ursprungs.

Das Mandat der EMA wird gestärkt, damit sie eine unionsweit koordinierte Reaktion auf Gesundheitskrisen herbeiführen kann, durch:

- Überwachung und Verringerung des Risikos von Versorgungsengpässen bei kritischen Arzneimitteln und Medizinprodukten,
- wissenschaftliche Beratung zu Arzneimitteln, die möglicherweise das Potenzial haben, die Krankheiten, die diese Krisen auslösen, zu behandeln, zu verhüten oder zu diagnostizieren,
- Koordinierung von Studien zur Überwachung der Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen,
- Koordinierung klinischer Prüfungen.

Die Europäische Kommission umriss auch die Kernelemente der künftigen neuen EU-Behörde für die Vorsorge und Reaktion in gesundheitlichen Notlagen, die noch vor Ende 2021 vorgeschlagen werden soll.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201111-gesundheitsunion_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2041

Fragen und Antworten

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_2042

Mitteilung zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU gegenüber grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren stärken

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-european-health-union-resilience_de.pdf

Vorschlag für Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren

https://ec.europa.eu/info/files/proposal-regulation-serious-cross-border-threats-health_en

Vorschlag für Verordnung über die Erweiterung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur

https://ec.europa.eu/info/files/proposal-extend-mandate-european-medicines-agency_en

Vorschlag für Verordnung über die Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/proposal-mandate-european-centre-disease-prevention-control_en.pdf

2. Europäische Kommission kündigt Vorschläge für europäischen Gesundheitsdatenraum an

Die Europäische Kommission und der deutsche EU-Ratsvorsitz wollen im Hinblick auf eine sichere und patientenorientierte Nutzung von Gesundheitsdaten für Europa enger zusammenarbeiten und einen europäischen Gesundheitsdatenraum schaffen. Diese Absicht haben Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides und Binnenmarktkommissar Thierry Breton am 11. November 2020 bekundet. Die Europäische Kommission plant, ihren Legislativvorschlag für den europäischen Gesundheitsdatenraum im kommenden Jahr vorzulegen. Bis 2025 sollten Patienten aus allen Mitgliedstaaten bei Reisen ins Ausland ihre Daten an Angehörige der Gesundheitsberufe ihrer Wahl weitergeben können

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2049

3. Europäische Kommission sichert Zugang zu Corona-Impfstoff von BioNTech-Pfizer

Die Europäische Kommission hat am 11. November 2020 einen vierten Vertrag mit einem Pharmaunternehmen – diesmal mit BioNTech-Pfizer – genehmigt, der den Erstkauf von 200 Millionen Impfdosen im Namen aller EU-Mitgliedstaaten sowie eine Kaufoption für weitere 100 Millionen Dosen vorsieht. Die Lieferung soll erfolgen, sobald ein nachweislich sicherer und wirksamer Impfstoff gegen COVID-19 verfügbar wird. Die Europäische Kommission hat bereits Verträge mit AstraZeneca, Sanofi-GSK und mit Janssen Pharmaceutica NV unterzeichnet und erfolgreiche Sondierungsgespräche mit CureVac und Moderna abgeschlossen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201111-kommission-genehmigt-impfstoff-vertrag_de

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Europäische Kommission billigt deutsche Beihilferegelung zum Ausbau von Gigabit-Netzen

Die Europäische Kommission hat am 13. November 2020 die deutsche Beihilferegelung zum Ausbau von sehr schnellen Breitbandnetzen mit Gigabit-Übertragungsgeschwindigkeit genehmigt. Die mit bis zu 12 Milliarden Euro ausgestattete Regelung soll dafür sorgen, dass Kunden in Gebieten, in denen der Markt keine derartigen Breitbandnetze bereitstellt, angebunden werden. Damit die Gebiete, in denen die Internetverbindung für Haushalte bislang am schlechtesten ist, prioritär behandelt werden, sieht die Regelung einen zweistufigen Ansatz vor:

- In der ersten Ausbaustufe wird die Errichtung von Gigabit-Infrastruktur für Haushalte unterstützt, die bislang nur Zugang zu einer Internetverbindung mit weniger als 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) haben.
- In der zweiten Ausbaustufe, die 2023 beginnt, wird der Aufbau von Gigabit-Infrastruktur für Haushalte gefördert, die bereits Zugang zu einer Internetverbindung mit 100 Mbit/s haben, aber nicht zu einem Netz, das sehr hohe Geschwindigkeiten von bis zu 1 Gbit/s bietet.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201113-beihilferegelung-gigabit_de

2. Europäische Kommission fordert weitere Maßnahmen von Onlineplattformen zur Bekämpfung von Corona-Betrugsmaschen

EU-Verbraucherkommissar Didier Reynders hat am 6. November 2020 die wichtigsten Onlineplattformen dazu aufgerufen, in ihren Bemühungen zur Bekämpfung von unseriösen Geschäftspraktiken nicht nachzulassen. Dabei geht es insbesondere um gefälschte Produkte wie Gesichtsmasken, Handschuhe und Desinfektionsmittel. „Wir müssen während der zweiten Welle, die Europa derzeit trifft, noch agiler sein“, so Kommissar Reynders bei seinem Treffen mit Allegro, Amazon, Alibaba/AliExpress, CDiscount, Ebay, Facebook, Google, Microsoft/Bing, Rakuten, Verizon Media/Yahoo und Wish.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201106-corona-betrugsmaschen_de

3. Desinformation über COVID-19: Europäische Kommission hakt bei Online-Plattformen nach

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 6. November 2020 Berichte von Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok darüber wie sie im September 2020 falsche und irreführende Informationen über COVID-19 bekämpft haben. Europäische Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová mahnte hierzu erneut detailliertere Informationen über die Auswirkungen dieser Maßnahmen für die EU-Bürger an.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201106-berichte-zu-desinformation-covid-19_de

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/third-set-reports-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Europäische Kommission überprüft Rechtsrahmen für Industrieprodukte

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 4. November 2020 einen Fahrplan für die für das erste Quartal 2021 geplante Evaluierung des neuen Rechtsrahmens für Industrieprodukte. Der neue Rechtsrahmen für Industrieprodukte in der Europäischen Union soll durch eine verstärkte Marktüberwachung und durch optimierte Konformitätsbewertungen Verbesserungen für den Binnenmarkt für Waren bringen. Vor dem Hintergrund des sich wandelnden technologischen Umfelds soll mit dieser Initiative evaluiert werden, ob der neue Rechtsrahmen in einer digitalen und kreislauforientierten Wirtschaft weiterhin seinen Zweck erfüllt. Schwerpunkte der Evaluierung sind: Updates und Upgrades von Soft- und Hardware, Sanieren und Reparieren, Konformitätsbewertung und Akkreditierung. Rückmeldungen zu diesem Bewertungsfahrplan sind bis 2. Dezember 2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12654-Evaluation-of-the-New-Legislative-Framework-for-EU-legislation-on-industrial-products>

2. Europäische Kommission wirft Amazon Bruch der Wettbewerbsregeln vor

Die Europäische Kommission hat Amazon von ihrer vorläufigen Auffassung in Kenntnis gesetzt, dass das Unternehmen auf Online-Einzelhandelsmärkten gegen die EU-Kartellvorschriften verstößt. Die EU-Kartellwächter werfen Amazon vor, nichtöffentliche Geschäftsdaten von unabhängigen Händlern, die über den Amazon-Marktplatz verkaufen, systematisch für das eigene, in unmittelbarem Wettbewerb mit diesen Händlern stehende Einzelhandelsgeschäft zu nutzen. Ferner hat die Europäische Kommission ein zweites förmliches Kartellverfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob Amazon eigene Angebote und Angebote von Verkäufern, die die Logistik- und Versanddienste von Amazon nutzen, bevorzugt behandelt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201110-amazon-wettbewerbsregeln_de

TERMINVORSCHAU

Rat

Videokonferenz der Minister für Landwirtschaft und Fischerei (16. November 2020)

Fortschritte bei der Reduzierung von Lebensmittelverschwendungen (Informationen des Vorsitzes und der Europäischen Kommission); Konferenz über die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Informationen der Europäischen Kommission); Vorbereitungen auf den Ernährungsgipfel der Vereinten Nationen (UN „Food Systems Summit“); EU-Waldstrategie; Lage des Agrarmarkts.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (17. November 2020)

Kraftfahrzeugversicherung (Vorbereitung von Trilog).

Ratsarbeitsgruppe „Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum – Binnenmarkt“ (17. November 2020)

Paket zu digitalen Dienstleistungen (Präsentation der Ergebnisse der öffentlichen Konsultation durch die Europäische Kommission und Aussprache).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (18. November 2020)

Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) - Aussprache über den Vorschlag, einschließlich der Änderungsanträge des Europäischen Parlaments, und über mögliche Kompromisse.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (18. November 2020)

Mitteilung zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU gegenüber grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren stärken; Vorschlag für Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren; Vorschlag für Verordnung über die Erweiterung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur; Vorschlag für Verordnung über die Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (18. November 2020)

Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) - Informationen des Vorsitzes über das Ergebnis des Trilogs; Verordnung über das Binnenmarktprogramm (Vorbereitung des Trilogs); Beschluss über ein Europäisches Jahr der Schiene (2021) - Informationen des Vorsitzes über das Ergebnis des Trilogs und Analyse des endgültigen Kompromisstextes im Hinblick auf eine Einigung; Abnahmegarantien für Impfstoffe (Informationen der Europäischen Kommission); Schlussfolgerungen zur Wahrung eines freien und pluralistischen Mediensystems.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (16. und 18. November 2020)

COVID-19 – EU-Koordinierung – Vorbereitung der Video- und Telekonferenz der Staats- und Regierungschefs am 19. November 2020 (Gedankenaustausch); Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens EU-China über geografische Angaben; Beschluss des Rates über den auf der 63. Tagung der UNO-Suchtstoffkommission zu vertretenden Standpunkt der Union zur Aufnahme von Cannabis in die Anhänge.

Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rats (19. November 2020)

Reaktion der EU auf die COVID-19-Pandemie. Die Tagung knüpft an die Videokonferenz vom 29. Oktober an, in der die EU-Führungsspitzen insbesondere hervorhoben, dass die gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung der Pandemie verstärkt werden müssen, wobei der Schwerpunkt auf Strategien für Tests und die Ermittlung von Kontakt Personen und auf Impfstoffen lag.

Videokonferenz der Binnenmarkt- und Industrieminister (19. November 2020)

Aussprache über eine dynamischere, widerstandsfähigere und wettbewerbsfähige europäische Industrie durch Investitionen in den grünen Wandel und eine saubere Industrie; Neue Verbraucheragenda (Vorstellung durch die Europäische Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (19. November 2020)

Mechanismus zur Finanzierung von erneuerbarer Energie.

Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (19. November 2020)

Europäisches Einlagensicherungssystem.

Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittel“ (20. November 2020)

Überarbeiteter Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Nährwertkennzeichnung, Nährwertprofilen und Ursprungskennzeichnung.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (20. November 2020)

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Cybersicherheit vernetzter Geräte; Einrichtung eines europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (20. November 2020)

Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (Präsentation von Kompromisstext).

Ratsarbeitsgruppe „Wein und Alkohol“ (25. November 2020)

Vorbereitung der 18. Generalversammlung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (26. November 2020).

Videokonferenz der Minister für Forschung (27. November 2020)

Gutachten zum Thema „Verbesserung der Pandemievorsorge und -bewirtschaftung“ (Informationen der Europäischen Kommission).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (19. November 2020)

Erläuterungen durch Didier Reynders, für Justiz zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, zu der Neuen Verbraucheragenda.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (19. November 2020)

Berichte über die laufenden Trilogverhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Ausschuss für Kultur und Bildung (19. November 2020)

Die Auswirkungen von COVID-19 auf Jugend und Sport.

Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport (20. November 2020)

Wohlergehen von Tieren beim Transport – Erläuterungen durch Nikolaus Krž (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit).

Plenum (23. bis 26. November 2020)

Auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Binnenmarkt für Unternehmen und Verbraucher; Produktsicherheit im Binnenmarkt; Stärkung der Medienfreiheit: Schutz von Journalisten in Europa, Hetze, Desinformation und die Rolle von Plattformen.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (18. November 2020)

Empfehlung für einheitliche COVID-19-Isolations- und Quarantänebestimmungen; Empfehlung für den Einsatz von Antigen-Schnelltests zur COVID-19-Erkennung; Strategie für erneuerbare Offshore-Energie; Verordnung zur europäischen Datenverwaltung.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (24. November 2020)

Eine pharmazeutische Strategie für Europa; Aktionsplan für geistiges Eigentum.

Europäischer Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Wirtschaftspolitik (19. November 2020)

Auswirkungen von COVID-19 auf die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften; Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen; Überprüfung der Handelspolitik.

Fachkommission für natürliche Ressourcen (23. November 2020)

Agrarökologie; Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-Krise.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-663/18 (19. November 2020)

Vermarktung von Cannabidiol.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)